

# Demokratie (er-)leben mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien

Erfahrungsbericht 2017 - 2019



## Inhalt

<b>1. Einführung</b>	<b>2</b>
<b>2. Allgemeine Systeme und Strukturen der Partizipationsförderung</b>	<b>4</b>
<b>3. Beispiele und Maßnahmen in den unterschiedlichen Zielgruppen</b>	<b>4</b>
a) in den kommunalen Krippen	5
b) in den Kindertagesstätten	6
c) in der Ganztagschulgestaltung	7
d) in der Ferienbetreuung	8
e) in der offenen Jugendarbeit	9
f) in der schulbezogenen Jugendarbeit	10
<b>4. Befragung an den Weiterstädter Schulen</b>	<b>11</b>
<b>5. Beispiele zur Beteiligung der Elternschaft und im sozialen Umfeld</b>	<b>14</b>
a) Stärkung der Elternbeteiligung	14
b) Elternschule „Starke Eltern-Starke Kinder“	15
c) Workshop „Stammtischparolen“	15
d) Soziale Betreuung der Geflüchteten	16
e) Bolzplatzgestaltung Schneppenhausen – Freiraum	16
f) Förderung des bürgerschaftlichen Engagements	17
g) Stadtteilarbeitsgruppen des Bildungsbeirates	18
<b>6. Fazit und Perspektive</b>	<b>18</b>

---

### 1. Einführung

---

In der Sitzung am 17. November 2016 beauftragte die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Weiterstadt die Verwaltung, gemeinsam mit dem Bildungsbeirat der Stadt Weiterstadt, eine Demokratisierungsinitiative vor Ort aufzubauen. Der Aktionsplan „Demokratie (er-) leben mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien“ ist Ausgangspunkt dieser Kooperation.

Der Aktionsplan besteht aus zehn Punkten, die ein gemeinsames Gestalten eines demokratischen Lebens verstärken sollen.

Viele der im Rahmen dieser zehn Punkte festgehaltenen Maßnahmen und Projekte sind im Laufe der letzten Jahre umgesetzt bzw. ausgebaut worden. In diesem Bericht soll es darum gehen, die Ergebnisse und den Stand der unterschiedlichen Projekte und Maßnahmen zu

präsentieren. Anhand dieser Beschreibung soll die Bedeutung von Förderung der Demokratiebildung erläutert werden.

### **Auftrag und Rolle des Bildungsbeirats im Aktionsplan „Demokratie (er-)leben“**

Sowohl das Plenum als auch die Geschäftsführung des Bildungsbeirats hatten sich Mitte des Jahres 2016 mit dem Thema beschäftigt und u. a. beschlossen:

Sie begrüßen ausdrücklich die Initiative der Stadt Weiterstadt, wie sie im Aktionsplan benannt ist. Gerade vor dem Hintergrund aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen, die eine Zunahme undemokratischer Tendenzen in Teilen der Gesellschaft sichtbar machen, halten wir es für richtig und erforderlich, dem mit demokratischen Mitteln entgegen zu wirken. Um Demokratisierungsprozesse vor allem bei Kindern und Jugendlichen zu fördern, ist eine umfassende politische Bildung unabdingbar. Der o. a. Aktionsplan spiegelt sich deshalb in einem übergeordneten Kontext im Bildungsgesamtplan 2016-2020 wider.

Im Leitbild wird z. B. Partizipation als Schlüssel für gelingende Lernprozesse beschrieben, die Freiräume benötigt. Um mehr Mit- und Selbstbestimmung zu ermöglichen und eine gemeinsame konzeptionelle Grundlage des Handelns aller Bildungsakteure zu schaffen, werden folgende Ziele formuliert:

- (1) Chancen auf Teilhabe verbessern
- (2) Bildungsangebote an Lebenswelten orientieren und
- ( 3) Individuelle Bildungsbiografien begleiten

Die Kernfrage hierbei wird sein, ob es gelingt, allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gute Bildungschancen zu ermöglichen, herkunftsbedingte Benachteiligungen zu verringern und eine aktive Mitgestaltung zu fördern.

Über die gemeinsame Verständigung der Inhalte des Bildungsgesamtplans hinaus hat sich der Bildungsbeirat außerdem intensiv mit der Entwicklung von Handlungskonzepten und Zielorientierungen in Bildungsfragen beschäftigt. Außerdem setze man sich mit der Betreuung und Erziehung sowie der Einleitung und Gestaltung von Maßnahmen zur Förderung des Dialogs auf örtlicher Ebene auseinander. Exemplarisch können hier aufgeführt werden:

- Das Thema „Campus und neue 5. Inklusiv-Ganztags-Grundschule“ in Weiterstadt, das phasenweise als „Phase Null“ extern gesteuert wurde und sich nach aktuellen Informationen positiv - im Sinne der Bildungslandschaft - entwickelt.

- Veranstaltungen zum Thema „Ganztagsschule – Chance für bessere Bildung“
- Initiative mit dem „Beirat zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung“ zum Thema Inklusion. Das darauf basierende, neu konzipierte “Forum Inklusion“ zeigt, dass der Prozess sehr komplex und dauernd notwendig ist.
- Offene Workshops für alle Aktiven aus der Bildungslandschaft sowie intensive Diskussionen in der Geschäftsführung und im Plenum des Bildungsbeirats über zukünftige Strategien und Konzepte
- Hearing mit den Kandidat\*innen zur Bürgermeisterwahl 2019
- Beteiligung an einem strategischen Antrag der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-Dieburg an das Hessische Kultusministerium zur Weiterentwicklung von inklusiven Ganztagsgrundschulen in Anlehnung an das Modell der Schloss-Schule Gräfenhausen

---

## **2. Allgemeine Systeme und Strukturen der Partizipationsförderung**

---

Unabhängig von der Zielgruppe, gibt es bestimmte Systeme und Strukturen, die in allen ergreifenden Maßnahmen zur Förderung der Partizipation wiederzufinden sind. Für diesen Bereich besonders relevant sind transparente Strukturen und Formate zum Meinungsaustausch sowie zur Mitsprache und konkrete aktive Beteiligung. Sicherlich gehört zu einem guten System der Partizipationsförderung auch eine Reflexion über jene, denen Möglichkeiten aufgezeigt werden müssen, wie sie partizipieren können. Denn es geht bei der Förderung von Partizipation auch um Umverteilung und Reflexion von Machtverhältnissen. Die Systeme müssen daher den Altersgruppen angepasst werden - dafür sind Strukturen notwendig. Hierzu zählen Ausstattungen, Räumlichkeiten und Pädagogische Fachkräfte, die Beteiligung ermöglichen und fördern. Daher hat der Fachbereich Gesellschaft und Bildung ebenso wie der Bildungsbeirat zunächst die internen Strukturen überprüft und die Systeme verbessert, um Beteiligung systematisch zu ermöglichen.

---

## **3. Beispiele der Ergebnisse und Maßnahmen in den unterschiedlichen Zielgruppen**

---

Der Auftrag der Ermächtigung von Kindern aller Altersklassen lässt sich nicht auf Ämter, Ressorts, Räume oder Altersgruppen festlegen. Es ist ein Auftrag an die Gesamtgesellschaft. Die UN-Kinderrechtskonvention fokussiert sich insbesondere auf drei Säulen: Schutz, Förderung und Partizipation. Die Art und Weise der Partizipationsförderung ist zunächst von den Erwachsenen deutlicher zu reflektieren und zu begleiten. Daher wurden zu Beginn im Jahr 2017 sowohl eine Fachtagung für die Erzieherinnen in den Krippen und Kitas als auch für die pädagogischen Mitarbeiter\*innen in der Schulkinderbetreuung

durchgeführt. Die Mitarbeiter\*innen in der Jugendförderung reflektierten und planten ihre Beteiligungsmöglichkeiten an zwei Klausurtagen in 2017. Die in diesem Bericht erläuterten Akzente der pädagogischen Arbeit sind der kontinuierliche Weg dieser Reflektion und der systematischen Weiterentwicklung.

#### a) in den kommunalen Krippen

der Stadt Weiterstadt gibt es konzeptionell gesicherte Maßnahmen, den kindlichen Eigensinn und die Unterschiedlichkeiten der Generationen zu berücksichtigen. Die Möglichkeit für Kleinkinder, ihre Rechte zu nutzen, findet eher im Alltag und im praktischen Umgang mit den Kindern statt. Dazu gehören zum Beispiel die pflegerischen Tätigkeiten, Mitbestimmungsmöglichkeiten im Alltag und die Möglichkeit sich selbst zu erproben und ihre Grenzen auszuloten. Folgende Beispiele sind erwähnenswert:

- Beim Wickeln der Kinder werden sie gefragt, wer sie wickeln darf und werden aufgefordert, die Wickelsituation mitzugestalten. Sie entscheiden nicht nur, welche Person ihnen lieb ist, sondern auch in welcher Position, im Liegen oder Stehen, sie gewickelt werden möchten.
- Bei den Mahlzeiten wird es Kindern ermöglicht, selbst ihre Gefäße zu befüllen. Hierfür werden extra transparente Gläser gewählt, damit Kinder auch einen Eindruck über Füllmenge und Substanz erhalten. Sie entscheiden ebenso, welche Lebensmittel sie in welchen Mengen zu sich nehmen und auf welche sie verzichten wollen.
- Bei den Übergangssituationen (Übergang in die Krippe, in den Ganztags, in die Kita) gestalten die Kinder mit und werden beteiligt. Gemeint ist, dass die Pädagogischen Fachkräfte ihr Handeln stets kommentieren und Kindern altersgemäße Entscheidungen überlassen. Es bedeutet auch, Kinder auf Statuspassagen in der Mikro- (Raumwechsel, Situationswechsel usw.) und Makroebene (Der Wechsel von der Krippe in die Kita) zu begleiten und vorzubereiten.
- Beim An- und Umziehen werden die Kinder stets aufgefordert, beim eigenen Anziehen mitzuwirken und beim Anziehen der anderen Kinder behilflich zu sein.

**Fazit:** Im Rahmen des 10-Punkteplans zur Demokratisierung im U3-Bereich wurde insbesondere in die Qualifizierung der Pädagogischen Fachkräfte und damit die Qualität der Betreuungssituation investiert. Dazu gehört, dass sich die Möglichkeit der Beteiligung für die Kinder unter drei Jahren auch durch die Raumnutzung, Raumgestaltung und Ausstattung abbildet. Die neue Krippe in Schneppenhausen bietet entsprechend auch in den Sanitärräumen für Kinder die Möglichkeit, sich größtmöglich selbst zu beteiligen. Aber auch die anderen Einrichtungen haben die Beteiligungsmöglichkeiten für U3 Kinder weiterentwickelt. Kinder sitzen nun in allen drei Einrichtungen nicht mehr nur in Hochstühlen

und bekommen das Essen zugeteilt. Ihre Sitzmöglichkeiten finden nun auf Kinderhöhe statt. Ebenso können sie die Wickelfläche selbst erreichen und werden nicht mehr permanent auf ihr „noch-nicht-genügen oder „zu-klein-sein“ hingewiesen. Seit Dezember 2018 entwickeln alle Krippeneinrichtungen gemeinsam eine Konzeption, welche die Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Pädagogischen Perspektive macht (Vorlage erfolgt Frühjahr 2020).

#### **b) in den Kindertagesstätten**

Die Kinder (3 bis 6 Jahre) haben eine immer länger werdende Verweildauer. Der Bedeutungsgewinn als Ort der Frühen Bildung, Betreuung und Erziehung und somit als Ort, an dem Gesellschaft sich bildet, wird zunehmend größer. Kinder profitieren besonders von Erzieher\*Innen, die ihr Handeln stets reflektieren und macht- und vorurteilsbewusst handeln. Um den 10-Punkte-Plan im Bereich der Kitas umzusetzen, wurde Unterschiedliches getan:

In allen Kitas gibt es unterschiedliche Formen der Beteiligung, etwa im Sitzkreis, durch Abstimmungen mit Muggelsteinen, über Projektthemen, zu Regeln des Tagesablaufs oder zur Planung von Anschaffungen. Hierbei ist es bedeutsam, eigene Wünsche und Meinungen zu erkennen und zu formulieren. Genauso bedeutend ist das Zuhören und Verstehen der Wünsche und Gedanken der Anderen. Hierüber eine Aushandlung zu führen wird im Alltag und bei Projekten geübt. Es werden Mehrheitsentscheidungen getroffen, aber auch die Bedürfnisse Einzelner berücksichtigt. Um Regeln des Miteinanders mitbestimmen zu können, ist es wichtig, dass die Abläufe und Strukturen des Alltagslebens in der Kita allen geläufig sind. So sollte Kindern transparent vermittelt werden, was es in der kommenden Woche zu essen gibt. Hierzu gibt es Bildkarten, die ausgehängt werden. Immer mehr Kitas gehen dazu über, offene Essenssituationen zu gestalten, in denen Kinder selbst entscheiden können, wann und mit wem sie essen gehen wollen.

Im Zeitraum Juni bis September 2018 besuchte Bürgermeister Ralf Möller die Sitzkreise in den Kindertagesstätten. Die Kinder bereiteten sich sehr unterschiedlich auf dessen Besuche vor. In manchen Sitzkreisen war der Bürgermeister die Hauptperson und die Kinder stellten Fragen. Zum Beispiel wollten Sie wissen, ob es denn auch eine BürgermeisterIN gibt, oder interessierten sich für seinen Tagesablauf und seine Aufgaben. In anderen Sitzkreisen wurde das Guten-Morgen-Lied in allen in der Kita vertretenen Sprachen (insgesamt 14) gesungen. Der Bürgermeister war ein gern gesehener Gast in den Kindertagesstätten und erlebte diese alltäglichen Kita-Situationen der Kinder mit. Die Morgenkreise der Kinder sind eine Art formelles Beteiligungsgremium der Kinder. Hier entscheiden sie, in welchen Lernräumen sie den Vormittag verbringen wollen und können Themen und Konflikte einbringen. Aber auch Informationen zwischen Kindern und Erzieher\*innen werden ausgetauscht. Besondere

Beteiligungsprojekte ergaben sich nicht aus den Besuchen des Bürgermeisters in den Sitzkreisen. Wohl aber konnten ihn die Kinder erleben und er wurde „greifbar“.

- **Kurzevaluation durch Studierende:** In zwei Kitas wurden die Kinder zu ihren Partizipationsmöglichkeiten befragt. Die Ergebnisse wurden den Teams schriftlich vorgelegt und dienten zur konzeptuellen Weiterentwicklung.
- **Externe Evaluation in drei Kitas durch das Institut für den Situationsansatz:** Der Situationsansatz widmet sich den Lebenssituationen der Kinder und ihre Möglichkeiten, sich einzubringen. Hierfür wird teilnehmend beobachtet. Es werden Interviews mit Fachkräften, Eltern, dem Träger und Kindern geführt (Bericht erfolgt Februar 2020). **Fortbildung der**
- **Fachkräfte und Leiterinnen zum Thema „Kinder im Alltag gut begleiten“ mit Herbert Vogt:** Jeweils eine Kita-Leiterin und ein Teammitglied haben in der zweitägigen Veranstaltung ihr Handeln im Alltag mit den Kindern reflektiert und über Möglichkeiten der Lern- und Partizipationsförderung gesprochen.
- **Fragebogenstudie** mit allen Pädagogischen Fachkräften zu unterschiedlichen Qualitätskriterien (Netzwerke/ Rahmenbedingungen und eigene Lebenssituation).
- **Gesundheitsanalysen** in allen Kitas durch ein externes Institut finden seit Anfang 2018 statt.

**Fazit:** Qualität bildet sich täglich neu und zeigt sich im Prozess. Deshalb kann nur von einem Zwischenfazit die Rede sein. Es zeigt sich, dass zusätzlich zu den Leuchtturmprojekten weitere Partizipationsmöglichkeiten entstehen müssen in kleinen Alltagssituationen. Das geht einher mit einer Werthaltung der Erzieher\*innen, die Machtverhältnisse zu reflektieren und Kinder ermächtigen zu wollen.

Partizipation von Kindern beginnt mit Transparenz und gelingt dann, wenn Kinder mitbestimmen können und Verantwortung für sich und für ein Miteinander übernehmen. Es ist daher erforderlich, dass die handelnden Erwachsenen ihr eigenes Tun und das Leben und Lernen jedes einzelnen Kindes stets reflektieren.

### c) in der Ganztagschulgestaltung

Sich als selbstwirksam zu erleben ist von entscheidender Bedeutung für die demokratische Entwicklung von Kindern. Das folgende Beispiel zeigt auf, wie Formate zum Meinungsaustausch und zur Mitsprache von Grundschulkindern aussehen können und wie die pädagogischen Fachkräfte der Stadt Weiterstadt die Kinder dabei begleiten.

Selbstorganisiert und eigenständig gestalten die Kinder der Schloss-Schule ihre Mittagspause. Ganz ihren Bedürfnissen und Interessen entsprechend, entscheiden sie, wann

sie essen möchten und auch darüber, ob und an welchen Angeboten sie teilnehmen möchten. Damit sich die Möglichkeiten und Angebote in der Mittagspause an den Bedürfnissen und Interessen der Kinder orientieren, werden von den städtischen Jugendhilfe - Mitarbeitern an Schulen, neben ihren alltäglichen Gesprächen mit Kindern und ihren Alltagsbeobachtungen, auch gezielt Befragungen und Interviews durchgeführt. Entsprechend der Altersgruppe ermöglichen sie unterschiedliche Formate zur Meinungsäußerung. Kinder der 2. bis 4. Klasse können aufgrund ihrer Erfahrungen in einem offenen Rahmen (häufig direkt in der Mittagspause) gut befragt werden oder Fragebögen ausfüllen. Kinder der ersten Klassen benötigen oft den Rahmen einer Unterrichtsstunde und eine engere Begleitung der Jugendhilfe-Mitarbeiter, die mit ihnen intensiver ins Gespräch gehen und erklären.

Das Erkennen der Bedürfnisse und Interessen der Kinder ist für alle Beteiligten im Ganzttag wichtig. Erlebnisse der Kinder oder das Wahrnehmen unterschiedlicher Möglichkeiten wirken sich unmittelbar auf das Befinden der Kinder und somit auf die Zeit nach der Mittagspause aus – auf den Unterricht, Projekte, Lernzeiten und die anschließende Schulkinderbetreuung. Dadurch sind Rückschlüsse möglich, wie man den schulischen Ganzttag verbessern kann.

Im Rahmen der Schulkinderbetreuung am Nachmittag gibt es ebenfalls Partizipationsstrukturen. Kinder werden aktiv in die Nachmittagsgestaltung einbezogen. Es gibt u. a. Wunsch- und Meckerkästen und Besprechungsrunden, die aktuelle Themen aufgreifen. Außerdem werden Räume und Spielbereiche von Kindern aktiv mitgestaltet.

#### **d) in der Ferienbetreuung**

Bei der Planung, Organisation und Durchführung der Ferienbetreuung in Weiterstadt wird viel Wert auf Selbstbestimmung und Selbstorganisation gelegt. Um den teilnehmenden Kindern und Jugendlichen diese Möglichkeit zu geben, wird das Programm der Ferienwoche für alle sichtbar in den Räumen der Ferienbetreuung ausgehängt. Dadurch soll nicht nur Transparenz für alle Mitarbeitenden der Ferienbetreuung und auch für die Teilnehmenden selbst erzeugt werden, sondern zugleich die Gelegenheit geboten werden, Neues auszuprobieren, um neue Interessen zu entwickeln. Dadurch kann die Persönlichkeitsentwicklung und Meinungsbildung gestärkt werden. Selbstverständlich ist das Personal dazu aufgefordert, die Angebote so zu gestalten, dass sich die Kinder und Jugendlichen ihrer Entwicklung entsprechend beteiligen und das Angebot aktiv mitgestalten können. Hierbei ist es hilfreich, wenn ältere Teilnehmende jüngere Teilnehmende unterstützen.



Ebenfalls für Transparenz und Mitspracherecht sorgt die am Ende jeder Ferienbetreuung durchgeführte Evaluation, bei der alle Kinder und Jugendlichen sich aktiv einbringen dürfen. Die Ergebnisse der Evaluation dienen als Grundlage für die Gestaltung der Angebote und Strukturen für die darauffolgende Ferienbetreuung.

### **e) in der offenen Jugendarbeit**

Die Angebote der fünf Weiterstädter Jugendzentren müssen von jungen Menschen mitbestimmt und mitgestaltet werden, sie sollen zu Selbstbestimmung befähigen, zu gesellschaftlicher Mitverantwortung hinführen und soziales Engagement anregen“ (vgl. §11 SGB VIII). Das bedeutet, dass Mitbestimmung und Mitverantwortung zu den elementaren Zielen der Jugendförderung zählen. Offene Kinder- und Jugendarbeit fördert bei Heranwachsenden Engagement, schafft Anregungen und Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung sowie Gelegenheiten, Verantwortung zu übernehmen, mitzusprechen und mitzugestalten.

Auf Grund dessen sind repräsentative Partizipationsstrukturen ein sehr gutes Beispiel für Formate zum Meinungsaustausch, Mitsprache, aktive Beteiligung und ebenfalls für ein System, welches als Teilziel hat, Transparenz zu schaffen. Als konkretes Beispiel gelten die repräsentativen Partizipationsstrukturen, die im Laufe des letzten und diesen Jahres einheitlich in allen fünf Jugendzentren initiiert bzw. intensiviert wurden. Hierzu zählt, dass in jedem Jugendzentrum jährlich Treffsprecher\*innen gewählt werden, deren Hauptaufgabe darin besteht, Bedürfnisse der anderen Treffbesuchenden repräsentativ und formell zur Sprache zu bringen. Hierbei sollen Jugendliche bestmöglich lernen, ihre Anliegen und die der anderen Besuchenden qualifiziert zu artikulieren, zu vertreten und durchzusetzen. Im letzten Jahr wurde aus mehreren Treffsprecher\*innen und interessierten Jugendlichen der Juze-Rat gegründet. Diese Gruppe hat die Möglichkeit, in der für sie jährlich vorgesehenen Wochenendfreizeit oder Arbeitswochenenden, die oben genannten Fähigkeiten zu erlernen und zu üben, um diese bei den monatlichen Treffen anwenden zu können. Bei diesen Treffen setzt sich der Juze-Rat nicht nur mit Veranstaltungen und Projekten wie Partys, Sportturnieren oder die U18 Bundestagswahl auseinander, sondern nimmt ebenfalls an inhaltlichen und strukturellen Entscheidungen teil. Bei der Bearbeitung solcher Themen stellt sich die Entwicklung einer politischen Haltung ein, die den Jugendlichen dabei helfen soll, die heutige Welt besser verstehen und in dieser agieren zu können.

Mit dem Juze-Rat wird so die Tradition eines jugendpolitischen Formats fortgesetzt, die seit den 90er Jahren mit Gruppen wie JUMP (Jugend macht Politik) oder JUST (Jugend in deiner

Stadt) stetig weiterentwickelt wurde und in der Vergangenheit verschiedene Akzente setzen konnte.

Unterstützt und begleitet werden diese und andere Angebote zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Fachbereich IV von einer FSJ-Stelle, die seit 2018 in der Jugendförderung angesiedelt ist und von Mitarbeiter\*innen der Jugendförderung betreut wird.

#### **f) in der schulbezogenen Jugendarbeit**

Im schulischen Kontext gibt es ebenfalls viele Strukturen, in denen die Stadt Weiterstadt beim Erlernen eines demokratischen Verständnisses mitwirkt und Partizipationschancen ermöglicht. Wie bei den repräsentativen Partizipationsstrukturen in der offenen Jugendarbeit sind die hier beschriebenen Strukturen wichtige Momente des Meinungsaustauschs, der Mitsprache und der Transparenz.

Im Rahmen der Kooperationsarbeit zwischen Schule und Stadt treffen sich die Schüler\*innen der Schülervvertretungen (der Schülerrat) der drei Weiterführenden Weiterstädter Schulen viermal im Jahr. Diese Treffen werden von einer Mitarbeiterin des Fachbereichs *Jugend und Integration* begleitet. Hierbei haben die Heranwachsenden die Möglichkeit, die SV-Arbeit und SV-Mitglieder der anderen Schulen näher kennenzulernen, ihre Meinungen bezüglich bestimmter Themen auszutauschen sowie gemeinsame Projekte zu initiieren.

In der Hessenwaldschule wird die Begleitung und Vorbereitung der Schülervvertretung von Mitarbeitenden der Stadt und des Landkreises übernommen. Zu Beginn jeden Schuljahres findet über ein komplettes Wochenende das sogenannte SV-Seminar statt. Hierbei wird die Jahresplanung durchgegangen. Zudem werden Strategien geübt, mit denen die Schüler\*innen ihre Aufgaben besser bewältigen können.

Fester Bestandteil der Kooperationsvereinbarung zwischen Hessenwaldschule und der Stadt Weiterstadt ist die regelhafte Einführung der Methode „Klassenrat“. Ein ähnliches Projekt wird im Rahmen des Makista Programms „Kinderrechte“ an der Albrecht-Dürer-Schule durchgeführt. Der Klassenrat, der einmal pro Woche stattfinden soll, bietet den Schüler\*innen die Möglichkeit zur aktiven Mitbestimmung von Klassenthemen, zur Konfliktklärung und zur Einbringung eigener Angelegenheiten. Feste Regeln und Aufgaben, sowie entsprechendes Zubehör helfen den Kindern und Jugendlichen, ihre Themen in einer partizipativen Form zu behandeln. Somit trägt der „Klassenrat“ entscheidend zu einer demokratischen Grundbildung bei.

Im Oktober 2019 fand in Kooperation mit der Kinder- und Jugendförderung des Landkreises und dem Institut für Medien und Kommunikation ein „Demokratie-Medien-Konvent“ statt, der

Schüler\*innen des Jahrgangs 10 der Albrecht-Dürer-Schule die Möglichkeit gab, sich an einem Vormittag im Rahmen unterschiedlicher Workshops mit dem Zusammenhang von Demokratie und Medien zu beschäftigen. Die Veranstaltung wurde von den Beteiligten als sehr erfolgreich und zukunftsweisend beschrieben: „... *Durch eine gelungene Mischung der beiden Themen gab es (...) u.a. Blicke hinter digitale Geschäftsmodelle und die gezielte Nutzung moderner Medien zur Meinungsbildung und Stimmungsmache für zahlreiche Aha-Effekte. Vor dem Hintergrund der Demokratiebildung sehen Schülerinnen und Schüler die Nutzung moderner Medien im Nachgang der Veranstaltung mit deutlich kritischeren Augen. Die von der Jugendförderung der Stadt vorbildlich geplante Veranstaltung sorgte bei Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften gleichermaßen für Begeisterung, bot darüber hinaus nicht nur eine Abwechslung zum Regelunterricht, sondern auch zahlreiche Vertiefungsmöglichkeiten, für die im Schulalltag häufig keine Zeit bleibt.*“ (Knut Hahn, Schulleiter Albrecht-Dürer-Schule Weiterstadt)

Da die Veranstaltung erfolgreich war, begann direkt im Anschluss die Planung für ein nächstes „Schüler\*innenforum“ zu den Themenfeldern Demokratie und Partizipation im Jahr 2020.

---

#### **4. Befragung an den Weiterstädter Schulen**

---

Die Begründung für die Umsetzung von Partizipationsangeboten der Stadt Weiterstadt soll durch die direkte Befragung von Kindern und Jugendlichen transparenter werden. Echte Beteiligung kann nur dann stattfinden, wenn die Gründe, warum bestimmte Maßnahmen ergriffen werden, transparent sind. Das heißt u.a., dass die Bedürfnisse der Zielgruppe erkannt werden und diese Bedürfnisse anschließend in Handlungen bzw. Maßnahmen zur Förderung der Partizipation zu übersetzen sind.

#### **Die im Jahr 2018 durchgeführte Befragung hatte drei Hauptfragestellungen:**

Wie und in welchem Umfang können Kinder und Jugendliche Entscheidungen, die sie selbst in ihrem Alltag (Familie, Schule und Kommune) betreffen, mitgestalten?

Welche Faktoren fördern das Engagement junger Menschen?

Wie nehmen junge Menschen die Angebote zur Partizipation in Schule und Kommune wahr?

#### **Ergebnisse – Ein Überblick**

Die aus den Fragebögen gewonnenen Erkenntnisse zeigen auf, dass die Kinder und Jugendlichen der Meinung sind, in relevanten Lebensbereichen unterschiedlich ausgeprägt

mitwirken zu können bzw. zu dürfen. So zeigen sich Unterschiede bei den drei erhobenen Hauptbereichen Familie, Schule und Kommune. Insgesamt nahmen an der Befragung 455 Kinder und Jugendliche der unterschiedlichen Weiterstädter Schulen teil. 281 davon gaben an, in Weiterstadt zu wohnen. 66,6% der Befragten gehen auf eine Weiterführende Schule. 93,4% der befragten Kinder und Jugendlichen gaben an, in Deutschland geboren worden zu sein.

Im Bereich Familie zeigt sich, dass die Kinder und Jugendlichen stark davon ausgehen, dass sie bei den wichtigen Entscheidungen miteinbezogen werden, vor allem, wenn diese sie direkt betreffen. Sie nehmen dies seltener wahr, wenn die zu treffenden Entscheidungen Eltern direkt betreffen. Eltern geben offensichtlich also vor allem dann Entscheidungsmacht ab, wenn sie nicht betroffen sind. Dies kann gut am Thema Taschengeld verdeutlicht werden. Hierbei dürfen Kinder und Jugendliche durchaus entscheiden, wofür sie das Geld ausgeben (66,7%), nicht aber, wieviel Taschengeld sie bekommen (13,1%). Trotzdem sind die Befragten der Meinung, dass es viel bringe sich zu Hause zu beteiligen (76,5%). Die Mehrheit zeigt sich sogar zufrieden mit dem Ergebnis, nachdem sie sich zu Hause beteiligt haben (79,4%).

Wichtig ist auch, dass Strukturmerkmale keinen Einfluss auf die Partizipationsstärke haben. Es macht demnach keinen Unterschied, ob die Kinder und Jugendlichen in Deutschland oder woanders geboren wurden oder ob es sich um Mädchen oder Jungen handelt.

Für die Angebote der Stadt Weiterstadt haben die Ergebnisse eher eine strukturelle Bedeutung. Praktische Maßnahmen, die die Partizipation in Familien weiter stärken, können Initiativen der Elternpartizipation und Bürgerinitiativen sein, wie es auch im dritten Punkt des 10-Punkte Programms „Demokratie (er-)leben mit Kindern, Jugendlichen und deren Familien“ gefordert wird:

- Beteiligungsformen von Eltern in den Bildungseinrichtungen an allen sie betreffenden Entscheidungen zu prüfen, zu erweitern und satzungsmäßig zu verankern. Dies beinhaltet, alle Eltern willkommen zu heißen und sie mit ihren unterschiedlichen Beteiligungswünschen und -möglichkeiten in der Kommune wahrzunehmen.
- Die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen im schulischen Kontext zeigt, dass Schüler\*innen der Weiterstädter Schulen zwar viele der Beteiligungsmöglichkeiten kennen, an diesen aber nicht aktiv mitwirken. Am ehesten wirken sie bei der Mitgestaltung eines Projekttages oder einer Projektwoche mit. Im Unterricht selbst geben die Befragten an, nur selten einbezogen zu werden (13,3%). Vor allem bei Themen wie Sitzordnung oder Ausgestaltung des Klassenzimmers können Schüler\*innen ihre Meinung sagen, bzw. mitbestimmen. Anders als in der Familie

zeigt sich, dass, je älter die Befragten sind, sie weniger der Meinung sind, aktiv in der Schule mitwirken zu können.

### **Zusammenfassend lässt sich sagen,**

dass die Partizipationsstärke von Kindern und Jugendlichen in den Weiterstädter Schulen als schwach wahrgenommen wird, sowohl im Schulleben, in den Schülergremien als auch im Unterricht. Die Mitwirkungsmöglichkeiten sind aber bekannt. Haben sich die Schüler\*innen beteiligt, sind diese mit den Ergebnissen der Befragung aber zufrieden (ca.50%).

Es erscheint notwendig, die Schüler\*innen dazu anzuregen, mehr bei den bekannten Beteiligungsmöglichkeiten mitzumachen. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass Heranwachsende sich eher beteiligen, wenn sie am Thema interessiert sind und weil sie etwas verändern wollen. Für die Schule ist es daher wichtig, die Interessen und Veränderungswünsche zu erkennen und daraus Beteiligungsmöglichkeiten und -strukturen zu entwickeln. Hierfür müssen Ressourcen zur Entwicklung und Begleitung der Prozesse bereitgestellt werden.

### **Für die Analyse der Daten auf Ebene der Kommune**

wurden die Antworten der Kinder und Jugendlichen, die in Weiterstadt leben, getrennt von den Befragten betrachtet, die woanders leben. Die Beteiligungsmöglichkeiten im Bereich Kommune sind in Weiterstadt unbekannt und werden selten in Anspruch genommen bzw. Kinder und Jugendliche nehmen selten dabei aktiv teil. Trotzdem sind Kinder und Jugendliche der Meinung, dass es wichtig sei, sich für andere einzusetzen und etwas zu sagen zu haben, wenn es sie selbst betrifft. Sie sind ebenfalls der Meinung, dass sich vieles in der Politik verändern müsste, bzw. mehr junge Leute politisch eingebunden werden sollten. Auf die Frage „Wenn Du genau wüsstest, wie Du in Deinem Wohnort mitwirken kannst und Lust dazu hättest, in welcher Form würdest Du das tun?“ geben viele Befragten an, sie würden ihre Meinung dazu sagen (wenn jemand fragt). Die Befragten sind eher dazu bereit bei Themen mitzuwirken, die sie interessant finden. Umwelt- und Tierschutz sind Themen, für die sich Kinder und Jugendlichen eher interessieren als für weltpolitische Themen.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass es einen großen Bedarf gibt, Beteiligungsmöglichkeiten vor allem in der Kommune bekannter zu machen. Wenn das geschehen ist, besteht die Aufgabe darin, diese Angebote attraktiv zu machen. Das bedeutet, diese an den Bedürfnissen und Interessen der Jugendlichen anzupassen. Möglichkeiten, dass Kinder und Jugendliche nach ihrer Meinung gefragt werden, sollten mehr gehalten werden, zum Beispiel in Form eines regelmäßigen Jugendforums. Um die

allgemeine Wahrnehmung der Selbstbeteiligung zu verbessern, sollen partizipative Situationen als solche stärker bekannt gemacht werden. Die Möglichkeit einer Selbstverwaltung der eigenen Freizeit kann dazu beitragen, das Selbstwirksamkeitsgefühl vor allem bei Jugendlichen zu steigern.

Es ist deutlich geworden, dass Schule und Kommune zusammenarbeiten müssen, damit sich die Partizipationsstärke der Schüler\*innen in beiden Bereichen verbessert. Die zu entwickelnden bzw. anzupassenden Partizipationsstrukturen müssen einen niederschweligen Charakter und stark mit den Interessen der Heranwachsenden zu tun haben, um möglichst viele Kinder und Jugendliche anzusprechen. Kinder und Jugendliche der Stadt Weiterstadt legen eher viel Wert darauf, ihre Meinung zu sagen und gehört zu werden. Für sie ist es wichtig, bei den Themen mitreden zu können, von denen sie direkt betroffen sind.

Im Allgemeinen spielen strukturelle Faktoren (z.B. Geschlecht oder Geburtsort) keine große Rolle bei der Partizipationsstärke der Befragten.

All die hier beschriebenen Handlungsmöglichkeiten sollen detailliert geplant und bei ihrer Durchführung begleitet werden. Nur so kann mit den Kindern und Jugendlichen über die unterschiedlichen Maßnahmen und Inhalte effektiv reflektiert werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Beteiligungsmöglichkeiten und deren Umsetzung kann zur Entwicklung einer demokratischen Haltung beitragen.

---

## **5. Eltern und Sozialraum**

---

Im Folgenden werden Handlungsfelder beschrieben, in die der Fachbereich Gesellschaft und Bildung einwirkt. Sie beschreiben Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements und der Beteiligung auf unterschiedlichsten Ebenen.

### **a. Stärkung von Elternbeteiligung**

Seit 2015 werden Elternbeiräte, interessierte Eltern/Erziehungsberechtigte und Kita-Leitungen in der Regel dreimal im Jahr in das Rathaus gebeten. Bei diesen Treffen werden zum einen Informationen zu den Planungen und Vorhaben der Stadtverwaltung durch den Bürgermeister erörtert. Zum anderen wird durch den *Fachdienst Frühe Bildung und Familien* ein trägerübergreifender Austausch über die bisherigen und künftigen Formen der Elternbeteiligung moderiert. Ziel ist dabei, ein gemeinsames Verständnis von Zweck, Form

und Inhalt der Arbeit der Elternbeiräte zu entwickeln. Die überarbeitete Satzung zur Elternbeteiligung in den kommunalen Kitas ist ein Ergebnis dieser Arbeitsgruppe. Im Herbst 2019 ergab sich aus dieser Initiative das Format „Denkwerkstatt“ zu der neben den Eltern und Kita-Leitungen auch Vertreter der Verwaltung und der Kommunalpolitik eingeladen waren. Es ergab sich ein konstruktiver und lösungsorientierter Austausch zu Maßnahmen gegen den Fachkraftmangel bei Erzieherinnen.

#### **b. Elternschule „Starke Eltern – Starke Kinder ®“**

Die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft. So ist es extrem wichtig für eine demokratische Gesellschaft, dass Familien demokratische Verfahren leben können. Um dies zu begleiten, haben Erziehungsberechtigte die Möglichkeit bei dieser Elternschule mitzumachen. Starke Eltern – Starke Kinder ® ist der am weitesten verbreitete Elternkurs im deutschen Sprachraum. Hauptziel des Kurses ist es, zur Stärkung einer entwicklungsförderlichen Erziehung und vor allem einer gewaltfreien Erziehung von Kindern und Jugendlichen beizutragen. Daher braucht es vertrauensvolle Foren, in denen Erziehungsberechtigte sich austauschen und vor allem über den eigenen Erziehungsstil reflektieren können. Die Möglichkeit miteinander über Unzulänglichkeiten lachen zu können und das Erhalten von neuen praxisnahen Anregungen darüber, wie Transparenz, Kommunikation und gemeinsame Planung mit den Lieben gelingen kann, sollen zur Demokratisierung des Erziehungsstils in der Familie beitragen. Die kommunalen Kitas haben etwa acht Kursleiterinnen zur o.g. Elternschule ausbilden lassen, die regelmäßig zu Angeboten einladen.

#### **c. Workshop „Stammtischparolen“**

Wie schwer es häufig ist, in Zeiten von „Fake News“ und Angstmache vor Fremden demokratische und weltoffene Haltung zu bewahren und zu vermitteln, merken engagierte Pädagog\*innen und Eltern häufig. Schnell kommt ein Elternabend in demokratisches Ungleichgewicht. Hinterher überlegen sich die Beteiligten, was sie hätten anders machen können. Hauptziel des Workshops ist es, eine Reihe von Gegenstrategien beim Aufkommen von Stammtischparolen zu erarbeiten und zu erproben, um populistische Parolen und vor allem ihren Widerspruch erkennen und erklären zu können. Um eigene und fremde Haltungen reflektieren zu können und passende Worte zu finden, wurden Erzieher\*innen und Eltern im Jahr 2018 zwei Workshops angeboten.

#### **d. Soziale Betreuung der Geflüchteten**

Viele Menschen, die auf der Flucht sind und in Deutschland Asyl suchen, kommen aus Ländern, in denen demokratische Strukturen einen anderen Stellenwert als in Deutschland haben. Das heißt, dass die Wahrscheinlichkeit mit demokratischen Strukturen, wie sie hierzulande existieren, in Kontakt zu kommen, geringer ist. Als Folge dessen ist es möglich, dass das Zusammenleben und die Ansprache von wichtigen Themen ganz anders ablaufen als hier gewohnt. Es kommen Situationen in den Unterkünften für geflüchtete Menschen vor, wie zum Beispiel, dass ein „Chef“ sagt, wie das Zusammenleben zu organisieren ist. In der Regel ist auch zu erwarten, dass diese Person auch die Probleme löst. Viele bedeutsame Themen wiederum werden in der Öffentlichkeit nicht angesprochen, sondern bestenfalls privat oder innerfamiliär.

Diese Anforderung stellt die soziale Betreuung vor die Aufgabe, Kommunikationsstrukturen zu schaffen, in denen Themen vertrauensvoll angesprochen werden können, unterschiedliche Sichtweisen und Meinungen gehört werden und dann gemeinschaftlich Lösungen gesucht werden. Um diese zusammen zu erarbeiten, wurden zwei Strukturen geschaffen, bei denen die Bewohner\*innen in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden der Unterkünfte an diesen Lösungen arbeiten können. Einerseits gibt es ein monatlich einberufenes Unterkunftstreffen. Diese Treffen werden hauptsächlich von den Männern der Familie besucht. Um einen Raum für Frauen zu schaffen, wurde andererseits eine Teestunde für Frauen eingerichtet. Hier wird zunächst von der Sozialarbeiterin Vertrauen aufgebaut, damit Themen wie Verhütung, Gewaltschutz, Kindeswohl, wirtschaftliche Eigenständigkeit oder auch Trennung angesprochen werden können. (siehe Migrationsbericht Februar 2020). Bisher sind sechs der geflüchteten Personen schon in ehrenamtlichen Strukturen eingebunden. Sie wollten hierdurch zum einen ihre Deutschkenntnisse verbessern zum anderen aber auch der hiesigen Gesellschaft etwas zurückgeben von der ehrenamtlichen Kraft, die ihnen die Integration erleichterte.

#### **e. Bolzplatzgestaltung Schneppenhausen im Rahmen von Freiraum**

Bereits 2011 wurde das Projekt „Generationenübergreifende Freiraumleitplanung“ gestartet. Grundgedanke war, alle Generationen an der Planung für die Gestaltung der Frei- und Verkehrsflächen in Weiterstadt zu beteiligen. In mehreren Workshops wurden die Flächen erfasst, bewertet und Planungsideen zusammengetragen. Es fanden Workshops in allen Stadtteilen statt, um vor allem die Beteiligung der direkten Anwohner\*innen zu ermöglichen.



Neben der aktiven Beteiligung der Bevölkerung ist die fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit in der Verwaltung ein wichtiges Merkmal von Freiraum. Basierend auf den guten Erfahrungen wurden in der Folge einige Planungs- und Gestaltungsvorhaben nach den Prinzipien von Freiraum umgesetzt. So zum Beispiel die Errichtung des Begegnungsgartens in Gräfenhausen oder die Neugestaltung des Bolzplatzes in Schneppenausen, die aufgrund des Krippenneubaus notwendig wurde und sich aktuell in der Umsetzung befindet. Unter Federführung des Fachbereichs IV wurden Vertreter\*innen von Vereinen und Verbänden sowie Anwohner\*innen zu einem ersten Planungstreffen eingeladen. Die bei dieser Gelegenheit entstandene Skizze wurde zur Grundlage für die Planung der technischen Verwaltung. In einer zweiten Sitzung wurde diese Planung den Beteiligten nochmal vorgelegt und mit ihnen diskutiert. Die finalen Pläne wurden anschließend politisch beschlossen und umgesetzt.

#### **f. Förderung des bürgerschaftlichem Engagements**

Im Jahr 2019 nimmt die Stadt Weiterstadt bereits zum vierten Mal am E-Lotsen-Programm der Hessischen Landesregierung teil. Ziel dieses Programms ist die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements durch Qualifizierungsmaßnahmen und eine fachliche Begleitung für engagierte Bürger\*innen. In Weiterstadt wurde von den bisher ausgebildeten Lotsen vor allem die Gründung und Weiterentwicklung einer Ehrenamtsagentur vorangetrieben. Die Ehrenamtsagentur wird von Freiwilligen geführt und bringt Angebote und Nachfrage für freiwilliges Engagement zusammen.

Ein weiteres Projekt der E-Lotsen ist die Etablierung eines regelmäßig stattfindenden Repair-Cafes <sup>®</sup> in der Kernstadt und Stadtteilen. Beide Projekte werden durch die Stadtverwaltung eng begleitet und bieten Bürger\*innen die Möglichkeit zur Mitgestaltung des kommunalen Lebens. Im Mai 2019 lädt der Bürgermeister zum zweiten Mal zur „Denkwerkstatt Engagement“ ein. Damit ist ein Forum geschaffen worden, in dem Vertreter des hiesigen bürgerschaftlichen Engagements Systeme der Vernetzung, Möglichkeiten struktureller Erleichterungen und zur Gewinnung weiteren Engagements ersinnen und in gemeinsamer Verantwortung in Angriff nehmen. Auch ein partnerschaftliches und gewinnbringenderes Miteinander der Beiräte kann hier gefördert werden. Ein Beispiel ist das aktuelle Zusammenwirken des Bildungsbeirates mit dem Beirat zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung beim „Fachforum Inklusion“.

## **g. Stadtteilarbeitsgruppen des Bildungsbeirats**

Im Zuge der Neufassung seiner Richtlinien im Jahr 2013 hat der Bildungsbeirat entschieden, Stadtteil-Arbeitsgemeinschaften ins Leben zu rufen. Dies soll der Tatsache Rechnung tragen, dass Bildungsprozesse, vor allem in der Kindheit und frühen Jugend, hauptsächlich im nahen sozialen Umfeld rund um den Lebensort stattfinden; also im Stadtteil bzw. im Quartier. Eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Situationen in den einzelnen Stadtteilen ist daher auch für eine fortschrittliche Bildungspolitik unverzichtbar. Neben den im Stadtteil vertretenen Institutionen, Vereinen und Verbänden sind in allen Gruppen auch Elternvertreter\*innen eingebunden. So erhalten auch die Familien selbst ein Mitspracherecht in bildungspolitisch relevanten Fragen in Weiterstadt.

---

## **6. Fazit und Perspektive**

---

Den Anstoß für den 10-Punkte-Plan zur Demokratieentwicklung gab die große Zahl von Geflüchteten und Asylsuchenden im Jahr 2015, verbunden mit der Aussicht auf eine große Gemeinschaftsunterkunft gegenüber der Albrecht-Dürer-Schule und angesichts einer Erstaufnahmeeinrichtung in den Sporthallen des Landkreises Darmstadt Dieburg auf Weiterstädter Stadtgebiet. Die Notwendigkeit, demokratische Prinzipien und Beteiligung voranzubringen, schien so wichtig wie lange nicht mehr.

Hohe Zahlen von Zugewanderten und Geflüchteten gibt es heute nicht mehr, ebenso wenig eine Erstaufnahmeeinrichtung und auch keine große Gemeinschaftsunterkunft gegenüber einer Schule. Angesichts der nationalen wie internationalen politischen Entwicklung ist aus unserer Sicht der Auftrag wichtig, Demokratieerlern weiterhin anzuregen und zu fördern.

Der Bildungsbeirat der Stadt Weiterstadt sowie der Fachbereich *Gesellschaft und Bildung* sahen in den Jahren 2017 bis 2019 zunächst ihre Hauptaufgabe darin, ihre eigene Haltung, ihre Strukturen und Arbeitsweisen zu überprüfen und ihr Aufgabenfeld noch demokratiefördernder zu gestalten.

Dies ist in weiten Teilen gelungen, wie dieser Bericht anschaulich darstellt. Auch die neueren Aufgaben des Fachdienstes *Jugend und Integration* wie die Begleitung des Beirates für Menschen mit Behinderung, der Weiterstädter Ehrenamtsagentur und der sozialen Betreuung der Geflüchteten wurden mit dem starken Willen der Beteiligung und zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement aufgebaut.

Die groß angelegte Schülerbefragung macht deutlich, dass den Schüler\*innen mehr Zugang zu gestaltbaren kommunalpolitischen Themen ermöglicht werden müssen. Dies erfolgte im

ersten Schritt beim Medienkonvent 2019 und wird seine Fortsetzung haben in der Durchführung eines Jugendforums im Jahr 2020 und folgend. Diese Formate können unseres Erachtens die bisherige Form des „Beteiligungspreises“ ersetzen, da neben dem Sichtbarmachen von Engagement hier nun viel mehr Diskurs über die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen und deren Mitgestaltungsmöglichkeiten gegeben ist.

Die Sensibilisierung für Beteiligungsmöglichkeiten und deren Aktivierung in und an Schulen soll im Schuljahr 2020/21 im Fokus stehen. Hier werden der Bildungsbeirat und der Fachbereich *Gesellschaft und Bildung* gemeinsam mit den ansässigen Schulen in Diskurs gehen, wie bisherige Beteiligungsmöglichkeiten noch sichtbarer und spürbarer werden für die Schüler\*innen. Im Rahmen der Übergangsgestaltung Grundschule/weiterführende Schule wird ein Austausch der Fach- und Lehrkräfte zu gelingenden Beteiligungsstrukturen in Weiterstadt und andernorts angestrebt.